

Solidarität mit den Streiks der Belegschaften der großen Autokonzerne

Unter den Automobilarbeitern in den USA wächst die Wut und Kampfbereitschaft. Seit Jahren mussten sie extrem schmerzhaft Reallohnverluste hinnehmen, während die Autokonzerne Milliarden an Gewinnen einstreichen. Deshalb sind seit 15. September die Mitgliedern der Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) bei den 3 großen Konzernen General Motors (GM), Ford und Stellantis (Chrysler) erstmals in ihrer Geschichte zum gemeinsamen Kampf aufgerufen.

Die UAW fordert für ihre 146.000 Gewerkschaftsmitglieder in den 3 Autokonzernen (57.000 bei Ford, 46.000 bei GM und 43.000 bei Stellantis):

- 40 Prozent mehr Lohn über 4 Jahre, davon 20 % sofort bei Ratifizierung
- höhere Einstiegsgehälter - neu Eingestellte sollen nicht mehr mit niedrigeren Löhnen und weniger Sozialleistungen abgespeist werden können
- Beendigung des Einsatzes von Leiharbeitern
- Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 Wochenstunden
- verbesserte Betriebsrenten und mehr Arbeitsplatzsicherheit

Der Vorsitzende der UAW Fain sagte zu Beginn der Streiks: »Wir kämpfen für das Wohl der gesamten Arbeiterklasse und der Armen... Wir sind nicht das Problem. Die Gier der Konzerne ist das Problem. Seit Jahrzehnten nehmen sich die Milliardäre alles und lassen uns um kümmerliche Reste kämpfen«. Das sind klare Worte des im vergangenen Jahr neugewählten Vorsitzenden. Die Mitglieder der UAW hatten die Kungelei der Gewerkschaft mit den Konzernbossen satt und haben deshalb letztes Jahr einen neuen Vorstand gewählt. Mitte September begannen die Auseinandersetzungen mit befristeten Streiks einzelner Werke. Dann wurden die Streiks ausgeweitet. So wurde der Druck erhöht. Von Seiten der Konzernvorstände gab es bis jetzt kein akzeptables Angebot. Der Streik stößt bei KollegInnen in anderen Branchen auf große Unterstützung. Sind sie doch alle von Reallohnverlusten und Verschlechterungen betroffen.

Die deutschen Autobauer in den USA sind von dem zugespitzten Arbeitskampf nicht betroffen. Mercedes-Benz, BMW und VW haben ihre Werke wohlweislich außerhalb des Einflussbereichs der UAW in den Südstaaten errichtet. Solidarität ist angesagt.

Wir Kommunisten von der DKP finden diesen gemeinsam geführten Streik einen wichtigen Arbeitskampf, der die ArbeiterInnen in den USA einen großen Schritt vorwärts bringen kann. Wir wünschen den Streikenden viel Erfolg, Kraft und Ausdauer und beglückwünschen sie für ihren großen Mut, den Autokonzernen gemeinsam die Stirn zu bieten.

Kämpferische Vertrauensleute stärken

Zur Zeit laufen in vielen Metallbetrieben die Vertrauensleutewahlen. Die Vertrauensleute sind die KollegenInnen im Betrieb, die u.a. die Tarifaueinandersetzungen organisieren und koordinieren. Wir brauchen **kämpferische** Vertrauensmänner und -frauen. Die Zeiten werden rauer, die Angriffe schwerwiegender und der Druck von Seiten der Konzernchefs größer. Deshalb braucht es Kolleginnen und Kollegen, die nicht kuschen und kungeln, sondern selbstbewusst für die gemeinsamen Interessen und Rechte der Kolleginnen und Kollegen eintreten und die Kämpfe organisieren.

Infos: <https://dkp.de/>

Kontakt: mail@dkp-stuttgart.org

V.i.S.d.P: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105



Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

Wir brauchen eure Waffen nicht! Für Arbeit, Brot und Frieden!

Kahlschlag in der Krankenhausversorgung und Pflege, ein marodes Bildungssystem, Wohnungsnot, zunehmende Kinder- und Altersarmut oder die explodierenden Lebenshaltungskosten sind Folgen einer Politik gegen unsere Interessen. Das dringend benötigte Geld wird schließlich für „unsere Verteidigung“ ausgegeben. Im Entwurf für den Bundeshaushalt 2024 sind 20%, also 84 Milliarden Euro, für das Militär veranschlagt. Die Ministerien für Bildung (20,3 Mrd. €), Gesundheit (16,2 Mrd. €), Entwicklung (11,5 Mrd. €), Wirtschaft & Klima (10,9 Mrd. €), Wohnen (6,9 Mrd. €), Auswärtiges (6,1 Mrd. €) und Umwelt (2,4 Mrd. €) sollen zusammen immer noch rund 10 Mrd. € weniger als das Militär erhalten! Allein der Gesundheitsbereich soll gegenüber 2023 (24,48 Mrd. €) um 33,7% gekürzt werden. Die Militärausgaben sollen von knapp 35 Mrd. 2014 auf 84 Mrd. 2024 steigen – das ist weit mehr als eine Verdopplung innerhalb von zehn Jahren! Was sich hier „Verteidigung“ nennt, ist ein sozialpolitischer Angriff auf die eigene Bevölkerung. Wenn kein breiter Widerstand aufgebaut wird, wird die sogenannte „Fortschrittskoalition“ diesen fatalen Rückschritt für Frieden, Soziales und Klimaschutz skrupellos durchwinken.

Kriegskredite heißen jetzt Sondervermögen



Vorgeblich als „Reaktion“ auf den russischen Einmarsch in die Ukraine wurde trotz Schuldenbremse, die natürlich nur bei Ausgaben für Soziales gelten soll, ein Sonder„vermögen“ für die Bundeswehr von 100 Milliarden aufgelegt. Diese Ausgaben (man fühlt sich an die Kriegskredite vor dem ersten Weltkrieg erinnert) sind aber Schulden, die wir alle spätestens ab 2031 zurückzahlen sollen.

Bereits im Oktober 2021 – also weit vor der russischen Intervention – berichtete der Spiegel über ein sechsseitiges Argumentationspapier aus dem Verteidigungsministerium, in dem es um ein "Sondervermögen Bundeswehr" in Höhe von 102 Milliarden Euro gegangen sein soll. Die Existenz dieses Papiers wird nicht bestritten, es unterliegt aber – wer hätte es gedacht – der Geheimhaltung. Was von langer Hand geplant wurde, sprach Bundeskanzler Scholz Ende Mai 2022 aus: „Deutschland wird in Europa bald über die größte konventionelle Armee im Rahmen der NATO verfügen.“

Verteidigung?

Die geplanten Rüstungsprojekte zeigen, dass es hier um alles andere als Verteidigung geht:

- 35 neue Tarnkappenbomber, die als Trägersystem für modernisierte US-Atombomben dienen und variable, bunkerbrechende und hochpräzise Enthauptungswaffen sind. Kosten: 10 Mrd. €. Für die Kindergrundsicherung hat man nur 1,95 Mrd. Euro übrig.
- Kampfflugzeugsystem für geschätzt 500 Mrd. € für die globale Luftüberlegenheit
- neues Kampfpanzersystem mit Robotern und Hochgeschwindigkeitsraketen
- Raketenabwehrsystem soll einen Atomkrieg „führbar“ machen.
- Eurodrohne und 15 Fregatten, 12 U-Boote und 8 Seefernaufklärer.

Statt auf Diplomatie und Vertrauensbildung zu setzen, forciert die Ampel Aufrüstung und militärische Machtprojektion im Interesse des deutschen Kapitals. Damit befördert sie ein neues Wettrüsten, destabilisiert die geostrategische Lage und riskiert einen neuen Weltkrieg, der sehr schnell zu einem Atomkrieg werden könnte.

Gewerkschaftliche Gegenwehr

Um diesen Wahnsinn zu verhindern, bedarf es breiten Widerstands aus der gesamten Gesellschaft. Hier ist es wenig hilfreich, wenn ver.di und IGM gewerkschaftliche Grundpositionen aufgeben und sich für Waffenlieferungen in die Ukraine, Aufrüstung und Wirtschaftssanktionen aussprechen. Aber es gibt auch Stimmen in den Gewerkschaften, die sich konsequent gegen Aufrüstung und Militarismus zur Wehr setzen. Bei der IGM gibt es ein gutes Dutzend Anträge an den Gewerkschaftstag für dieses Ansinnen. **Für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit**, so steht es in der IGM-Satzung. An diesen Grundsätzen darf nicht gerüttelt werden!

Schluss mit weiterer Deindustrialisierung!

Die Zahl der Erwerbslosen steigt. Im Juli waren es 2,617 Millionen. Die Erwerbslosenquote liegt nun bei 5,7 %. Laut statistischem Bundesamt stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal. Im ersten Halbjahr 2023 stieg die Zahl der bei Finanzämtern gemeldeten Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20,5 %. Der britische *Economist* erklärte jüngst wegen der chronisch werdenden Wachstumsschwäche die BRD wie schon einmal 1999 zum »kranken Mann Europas«.

Auswirkungen auf die Arbeiterklasse

Jede Insolvenz oder Pleite kostet Jobs. Beschäftigte – die eigentlichen Mehrwertproduzenten – stehen vor unsicheren Zeiten, sie müssen dann auch mal „stempeln“ gehen. In vielen Bereichen der deutschen Industrie gibt es Absatzbewegungen. Die großen Konzerne haben schon seit Jahren Produktionsstandorte in anderen Ländern aufgebaut, wo es für sie günstigere Produktionsbedingungen gibt. Rund 121 Mrd. € verflüchtigten sich netto aus der hiesigen Wirtschaft. Verglichen mit 45 weiteren entwickelten Staaten war die Differenz aus Zu- und Abflüssen an Investitionen im vergangenen Jahr in der BRD am höchsten.

Ursachen der Krise

Diese Wirtschaftskrise zusammen mit der vor allem ärmere Haushalte dramatisch belastenden Inflation, fiel nicht vom Himmel. Sie ist von der aktuellen Ampelregierung hausgemacht. Deutschland hat über Jahrzehnte von der zuverlässigen und billigen Energieversorgung durch Rußland profitiert. Ergebnis: ein Spitzenplatz unter den westlichen Industrienationen und relativ sichere Arbeitsplätze. Das wurde durch den abrupten Kurswechsel der Regierung mit den Sanktionen gegen Rußland zerstört, bereits vor dem Ukrainekrieg. Mit den Anschlägen auf die Nordstream Gaspipelines durch Bündnispartner (siehe Seymour Hersh - US-amerikanischer Journalist) wurden endgültige Fakten geschaffen: die USA haben einen Konkurrenten weniger. Eckhard Cordes (ehemaliger Daimler-Vorstand) erklärte in der Berliner Zeitung, dass in Deutschland dringend billige Energie benötigt würde, sonst stehe die Automobilindustrie vor dem Aus. Das kapitalnahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) stellte im September in einer Studie fest: das »Erfolgsmodell« der BRD stehe an einem »Scheideweg«. Die Verarbeitung billiger Rohstoffimporte zu teuren Exportgütern ist wegen der Sanktionen gegen Russland kaum noch möglich. Und technologisch ist die BRD in mancher Hinsicht im Hintertreffen.

Laut der Studie sanken die deutschen **Ausfuhren nach China** im ersten Halbjahr insgesamt um 8 %. Bei Kfz und Fahrzeugteilen war das Ausfuhrminus 21 %, das waren drei Viertel des Gesamttrückgangs. Laut IW werden zunehmend auch Automodelle der oberen Mittelklasse wie der Audi A6 in China gefertigt und das sehr preisgünstig. Aber auch die Verkäufe von VW auf dem weltgrößten Markt brechen ein. Im August wurden noch 278.000 Fahrzeuge in China abgesetzt, 6,5 % weniger als im Vorjahresmonat. Bei den Batterien für Elektroautos hat China einen technologischen Vorsprung und eine gesicherte Rohstoffversorgung. EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fällt dazu nur ein, mit Strafzöllen auf den Import von billigen chinesischen Elektroautos zu drohen. Bei entsprechenden Reaktionen aus China stünde die Existenz der deutschen Autoindustrie in Frage. Sie ist mit mindestens 36 % ihres Umsatzes vom Export nach China abhängig. Ein weiterer Wirtschaftskrieg, diesmal gegen China, träfe vor allem Mercedes, BMW und VW, aber auch die Zulieferer wie Bosch. Vor allem aber würden diesen Wirtschaftskrieg tausende Kolleginnen und Kollegen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlen. Deshalb: **Schluss mit Sanktionen gegen Rußland und China!**

Kampf um Arbeitszeitverkürzung wieder aufnehmen

Der Kampf um kürzere Arbeitszeit und damit mehr Lebenszeit hat wieder Fahrt aufgenommen. Die IG Metall fordert in der Tarifrunde der Stahlindustrie die 32-Stundenwoche. Damit wurde eine Debatte über Arbeitszeitreduzierung angestoßen. Das ist gut so. Mit einer 30-Stundenwoche wäre der Effekt sowohl für Gesundheit, Belastung und Verhinderung von Entlassungen wesentlich größer und deshalb als neuer Standard anzustreben. Ein solcher Schritt kann zu vollem Erfolg werden, wenn alle Gewerkschaften gemeinsam in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für Arbeitszeitverkürzung kämpfen. Deshalb: **30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!**

